75. Jahrgang. Nr. 479 — Sonnabend, 11. Oktober 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schiedsspruch für Berlins Metallindustrie

Sechs- bis achtprozentiger Lohnabbau

Berlin, 10. Okt. In der Lohnstreitigkeit der Berliner Metallindustrie hat die Schlichterkammer unter Vorsitz des Vortragenden Rates Dr. Völkers heute abend 10 Uhr folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die bisherigen Tarifmindestlöhne der Arbeiter über 18 Jahre werden in allen Lohnklassen um 8 Prozent, die der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und die der Arbeiterinnen um 6 Prozent gekürzt. Die Akkordberechnungsgrundlagen ändern sich im gleichen Ausmaße.

2. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 3. November 1930 in Kraft und läuft bis auf weiteres. Sie ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig vom Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt. Den Parteien wird von der Schlichterkammer empfohlen, zu prüfen, ob und in welchem Umfange durch Kürzung der Arbeitszeit Wiedereinstellung von Arbeitslosen bewirkt werden kann.

Soweit der bisherige Bestand an Arbeitskräften nicht aufrechterhalten werden kann, wird den Arbeitgebern empfohlen,

durch Arbeitsstreckung Entlassungen größeren Ausmaßes zu vermeiden.

Frist zur Erklärung über den Schiedsspruch ist den Parteien bis zum 18. Oktober 1930 gesetzt.

Bei der Verkündung des Schiedsspruches führte der Vorsitzende Vortragende Rat Dr. Völkers folgendes zur Begründung aus:

Die Schlichterkammer ist überzeugt, daß eine Lohnsenkung erforderlich ist, um die Gestehungskosten der Wirtschaft zu senken und damit der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Es ist sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten eines guten Ganges der Geschäfte festgesetzt sind, zu senken, als durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die Krise zu verschärfen und weitere Arbeitskräfte der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen.

Gehaltskürzung für die Behördenangestellten

(Für einen Teil der Auflage wiederholt)

Berlin, 10. Okt. Wie wir erfahren, wird als Folge der Kürzung der Beamtenbezüge auch eine Minderung der Dienstbezüge der unter den Angestelltentarifvertrag fallenden Reichsangestellten erfolgen. In dem bezüglichen Erlaß des Reichsfinanzministers vom 4. Oktober an die Reichsbehörden wird zur fristgerechten Kündigung der laufenden Einzelverträge sämtlicher bei der Reichsverwaltung beschäftigten Angestellten aufgefordert. Diese vorsorgliche Kündigung, die zum 31. März 1931 erfolgen solle, bezweckt den Abschluß neuer Einzelverträge, die eine

Kürzung der Dienstbezüge mit Ausnahme der Kinderzuschläge um 6 Prozent

vorsehen. Ueber den Abschluß wird zu gegebener Zeit noch besondere Mitteilung durch das Reichsbesoldungsblatt ergehen. Die geplante Maßnahme wird auch gegenüber den an der Reichsgrenze beschäftigten Angestellten, auch wenn ihr dienstlicher Wohnsitz im Auslande liegt, sowie gegenüber allen sonstigen im Auslande beschäftigten Angestellten durchgeführt werden.

Von der geplanten Kürzung der Dienstbezüge werden unmittelbar betroffen 30000 Angestellte; die der Reichsbahn und Reichspost sind in diese Zahlen nicht eingerechnet. Im Fall, daß Länder und Gemeinden sich dem Vorgehen des Reiches anschließen, werden 300000 Personen derselben Kürzung ihres Einkommens unterworfen, die für die Beamten vorgesehen ist.

Forderungen des Landbundes an die Reichsregierung

Berlin, 10. Okt. Das Präsidium des Reichslandbundes hat in einem Schreiben an die Reichsregierung die vom Bundesvorstand am 23. September festgelegten Ziele der Wirtschaftspolitik übermittelt. In dem Schreiben wird neben dem Tributmoratorium ein grundsätzlicher Wandel in der Zoll- und Handelspolitik gefordert. Erneut wird auch die Forderung nach sogenannten Dumpingmaßnahmen (Zollzuschläge) aufgeführt, die angesichts des russischen Angriffs höchste Bedeutung erlangt hat. Weiter wird sofortige Erhöhung der Weizenvermahlungsquote auf 100 v. H. und die Einführung eines Verwendungszwanges für inländische Gerste, Malz und Hopfen gefordert, sowie die Ausgestaltung der Osthilfe und die Einbeziehung auch des westlichen Grenzgebietes in die Osthilfe.

Kein Ausscheiden Curtius' aus dem Kabinett

Die Deutsche Volkspartei vertagt die Entscheidung über das Finanzprogramm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Oktober. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat heute nachmittag um 3 Uhr im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um insbesondere die Stellungnahme der Fraktion zum Programm des Kabinetts Brüning zu beraten. Die Fraktionssitzung zog sich bis in die neunte Stunde hin, ohne daß bestimmte Beschlüsse gefaßt wurden. Die Fraktion wird am Montagvormittag vor der Plenarsitzung des Reichstages erneut zusammentreten, um die Beratung über das Regierungsprogramm weiterzuführen. Ob man am Montag schon zu einem bestimmten Beschluß hinsichtlich des von der Regierung vorgelegten Sanierungsprogramms kommen wird, steht noch dahin, da inzwischen Verhandlungen zwischen den Parteien der Mitte eingeleitet worden sind, die den Zweck verfolgen, eine bestimmte und vor allem ausreichende parlamentarische Basis für das Kabinett zu schaffen. Von seiten der Fraktion wurde ein Ausschuß gebildet, der sich mit dem Regierungsprogramm ganz besonders eingehend befassen und Vorschläge zur Ausgestaltung des Regierungsprogramms machen soll.

Die stundenlange Fraktionssitzung verlief im übrigen ziemlich lebhaft, da sich in der Fraktion zwei Gruppen zeigten, deren Ansichten zunächst noch ziemlich weit auseinandergingen.

Auf der einen Seite standen die Abgeordneten, die bereit sind, das Kabinett Brüning zu unterstützen und die eventuell auch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in den Bereich des Möglichen ziehen, während ihnen auf der anderen Seite die Abgeordneten gegenüberstanden, die eine ausdrückliche Distanzierung vom Kabinett und die Schaffung einer Rechtsregierung wünschen.

Dr. Curtius legte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Unterstützung des Kabinetts Brüning durch die Deutsche Volkspartei dar und konnte eine Beschlußfassung in dem Sinne einer Distanzierung im Verein mit den der Bankwelt und der Industrie nahestehenden Abgeordneten zunächst verhindern.

Diese letzteren wiesen nämlich darauf hin, daß eine Gefährdung der parlamentarischen Aussichten des Kabinetts Brüning eine stärkere Deroute an den Börsen sowie Kreditschwierigkeiten hervorrufen würde. Hinzu kam noch, daß der der Partei angehörende Reichsbankpräsident Dr. Luther die Fraktion wissen ließ, daß er ein Abrücken vom Kabinett Brüning für bedenklich halten müsse. Wenn es nun auch gelang, eine gewisse Uebereinstimmung in der Richtung herbeizuführen, daß das Reichskabinett nicht als ausgesprochenes Koalitionskabinett anzusehen sei, und daß auch infolgedessen die Fraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber der Regierung in ihren Entscheidungen ungebunden sei, so kam man zunächst doch dahin überein, die endgültige Beschlußfassung heute nicht vorzunehmen, sondern zunächst einmal abzuwarten, was aus den Verhandlungen, die zwischen den Parteien auf eine Stützung des Kabinetts Brüning abzielen, herauskommen wird.

Eine starke Uebereinstimmung zeigte sich dagegen in der Fraktion in der Beurteilung von Einzelfragen des Regierungsprogramms.

Hier Abänderungsmöglichkeiten zu schaffen, soll die Aufgabe des von der Fraktion eingesetzten Ausschusses sein.

Naturgemäß wurde auch in der heutigen Fraktionssitzung die Frage der Außenpolitik eingehend behandelt, auf die der anwesende Reichsaußenminister Dr. Curtius ebenfalls des näheren einging. Von seiten der Fraktion wird ausdrücklich erklärt, daß irgendein Antrag auf Abberufung des Reichsaußenministers Dr. Curtius der Fraktion nicht vorgelegen hätte. In der Aussprache, die der Außenpolitik gewidmet war, zeigte sich, daß es hierbei durchaus nicht um die Person des Reichsaußenministers ging, sondern um die außenpolitischen Probleme, die sich naturgemäß im gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Frage einer Revision des immer mehr als untragbar sich erweisenden Youngplanes zuspitzen. Der von einem Teil der Linkspresse vorausgesagte

Konflikt der Fraktion mit Dr. Curtius ist also nicht eingetreten.

Aber auch hinsichtlich der Behandlung der außenpolitischen Angelegenheiten kam die Fraktion heute noch zu keinerlei abschließenden Ergebnissen. Ueberhaupt dürfte die weitere Stellungnahme der volksparteilichen Fraktion maßgeblich davon abhängig sein, wie sich die anderen Parteien, die bisher die Front der Regierungsparteien darstellten, verhalten werden.

Der Atlantik wiederum überflogen

London, 10. Oktober. Das Flugzeug „Columbia" landete nach glücklich vollendeter Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf Tresco, einer Insel der Scillygruppe in der englischen Grafschaft Cornwall.

Das Flugzeug „Columbia" ist völlig intakt und beabsichtigt, am Sonnabend nach London weiterzufliegen. Es war 240 Kilometer nach Süden abgetrieben worden und kam deshalb von Südwesten nach Tresco, wo es dann wegen Brennstoffmangels notgelandet ist.

„Revolution über Deutschland"

Unter diesem Titel hat der durch seine historischen Arbeiten über den Marxismus im Heer und soziale Heeresmißstände bekannte Archivrat im Reichsarchiv, E. O. Volkmann, ein sehr interessantes Werk veröffentlicht, das sich zur Aufgabe stellte, den Ablauf der Novemberrevolution zu schildern*). Knappe zwölf Jahre liegt der Beginn dieser unheilvollsten Epoche der deutschen Geschichte zurück. Wir alle haben sie schaudernd miterlebt und wir alle leiden heute noch schwer unter den Auswirkungen dieser grauenhaften historischen Geschehnisse. Und trotzdem! Obwohl uns alle diese Dinge aus eigenstem Miterleben vertraut sind, folgen wir dieser flüssigen Darstellung mit einer Spannung, als hörten wir von den Ereignissen dieser Revolution zum ersten Male. Das hat mehrere Ursachen, die teilweise ein Verdienst des Verfassers sind. Mit großer Darstellungskunst schildert er das Wirken dreier Personenkreise, die es seiner Ansicht nach verstanden haben, in dem revolutionären Chaos einen Damm gegen die drohende Bolschewisierung zu errichten. Es seien dies die zu einem Bündnis vereinigte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Gröner, das Offizierskorps, und wie der Verfasser darzulegen sucht, von der Mehrheitssozialistischen Partei Ebert und Noske gewesen. Um sie habe sich das ordnungsliebende Deutschland und vor allem die jungen nationalen Elemente der Freikorps gesammelt, denen das letzte Verdienst an der Niederwerfung des Bolschewismus zukommt. Das Bündnis dieser festen Willenszentren in den revolutionären Wirren genügt wohl, um die aufständischen Massen wieder zu leidlicher Ordnung zurückzuführen, aber es reicht nicht mehr aus, um Deutschland vor einem Friedensdiktat zu bewahren, dessen verhängnisvolle Auswirkungen wir in den letzten Monaten und Jahren immer stärker zu spüren bekommen haben. Der Verfasser spricht selbst in seinem Vorwort von den „drohenden Zeichen der Gegenwart". Und in der Tat, diese Zeichen machen das Buch besonders interessant. Aus den Fehlern der handelnden Personen der Vergangenheit lassen sich interessante Parallelen zur heutigen Zeit ziehen. Wir wissen, daß die selbstlose Hingabe der Offiziere und des jungen nationalen Deutschlands Ebert, Noske und ihre Partei vor den röteren Brüdern gerettet haben. Und schmerzlich haben wir es erfahren, daß der Dank der Sozialdemokratie nicht nur ausgeblieben ist — auf ihn hat man bei vaterländischen Taten nie gerechnet —, sondern daß dieselbe Sozialdemokratie nach getaner Arbeit einen unerhörten Feldzug gegen ihre nationalen Retter entfaltet hat. Ihr deutlichster Ausdruck ist die Hetze gegen die Opfer der Femelüge, die in jenen wirren Zeiten im Kampf gegen innere und äußere Feinde zu außerordentlichen Mitteln griffen, um das Vaterland vor Lumpen, Verrätern und Spionen zu schützen. Diese Männer sitzen heute noch hinter Schloß und Riegel, weil es dem „Staatsmann" der Sozialdemokratie, dem preußischen Ministerpräsidenten Braun durch seinen Einspruch im Reichsrat so gefällt, obwohl im Reichstag sich die Mehrheit für die Amnestie ausgesprochen hat. Es besteht kein Zweifel, daß bei einem neuen Aufflackern des Bolschewismus das nationale Deutschland nicht mehr für die sozialdemokratischen Führer die Kastanien aus dem Feuer holen wird. Die Vertreter des siegreich vorwärtsschreitenden nationalen Gedankens werden sich anderer Methoden bedienen müssen, als in der Zeit von 1918 bis 1920. Der Verfasser enthält sich solcher Folgerungen, die sich aber aus den Schilderungen zwangsläufig für den Leser ergeben müssen. Er hat sich bemüht, wie er selbst sagt, sein persönliches Urteil zurückzustellen und dafür die handelnden Personen und die Ereignisse sprechen zu lassen. Er hat zu diesem Zwecke eine Form der Darstellung gewählt, die den gewaltigen Stoff außerordentlich lebendig macht, die das Werk flüssig gestaltet wie einen spannenden Roman. Es ist die häufige Anwendung der direkten Rede, selbst bei der Wiedergabe der vertraulichsten Gespräche der handelnden Personen, ja sogar die Einschaltung von Reflexionen bei ernsten Entscheidungen. Alles in der Absicht, die Beweggründe der Führer scharf herauszuarbeiten. Wie Volkmann in seinem Vorwort sagt, will er damit „Klarheit über die Beweggründe des Handelns der Männer schaffen, die im Mittelpunkte des Geschehens standen". Aber man wird, so interessant und anregend für den Leser diese Art der Darstellung an sich ist, eine gewisse Vorsicht walten lassen müssen. Denn der Verfasser hat, wenn er die vertraulichen Vorgänge in dieser Form uns aufschließt, zweifellos persönliche Mitteilungen der noch lebenden Personen verwendet. Daß dabei Einseitigkeiten in der Darstellung, unwillkürliche Korrekturen zugunsten der betreffenden Persönlichkeiten stattfinden mußten, ist selbstverständlich. Die Erfordernisse strenger Geschichtsforschung sind also nicht erfüllt. Man wird das bei der Lektüre beachten müssen. Aber es ist kein allzu großer Nachteil, wenn man bedenkt, wie außerordentlich lebendig dadurch die Ereignisse geworden sind, und wenn man weiß

*) E. O. Volkmann: „Revolution über Deutschland." 1930, Gerhard Stalling, Oldenburg.

SLUB
Wir führen Wissen.